

Beschluß(Resolutions)antrag

3637/LAT/96

der Landtagsabgeordneten Ernst Woller (SPÖ) und Jutta Sander (Grüne)
betreffend die jüngsten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und das
brutale Vorgehen von Militär- und Polizeieinheiten gegen Demonstranten sowie
die Inhaftierung von Repräsentanten der demokratischen Partei HADEP,
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27. Juni 1996.

Der Wiener Landtag ist bestürzt über das äußerst brutale Vorgehen von
Polizei- und Militäreinheiten am vergangenen Wochenende in der türkischen
Hauptstadt Ankara und die Ermordung von drei Funktionären der
demokratischen Partei HADEP.

Besonders bestürzt ist er über die Tatsache, daß unter Mißachtung sämtlicher
Menschenrechtsbestimmungen neben zahlreichen anderen Zivilpersonen auch
die gesamte Führungsspitze der demokratischen Partei HADEP inhaftiert wurde.
HADEP ist eine demokratische Partei, die bei den Wahlen am 24. Dezember 1995
von mehr als 1,5 Millionen Wählerinnen und Wählern gewählt wurde und die
für eine friedliche, demokratische Lösung des Konflikts zwischen dem
türkischen Staat und den Kurden eintritt. Angesichts der Kluft und der nicht
vorhandenen Gesprächsbasis durch den jahrelangen Bürgerkrieg ist die HADEP
der wichtigste Dialogpartner zwischen der kurdischen Bevölkerung und der
türkischen Regierung.

Im Zuge der Anfang Juni in Istanbul stattgefundenen HABITAT II-Konferenz
konnten sich auch Mitglieder der von Wien entsandten Allparteien-Delegation
vor Ort, nicht zuletzt auch anhand eines Besuches in einem Kurden-
Flüchtlingslager in Istanbul, eingehend über die Lebensbedingungen von Kurden
in der Türkei informieren. Es gab u. a. auch Gespräche mit der Führungsspitze
der HADEP sowie Vertretern der Menschenrechtsorganisation IHD.

Dabei wurde von den HADEP-Vertretern vorgebracht, daß sie seitens der
türkischen Regierung und ihr untergeordneter Dienststellen und Einrichtungen
in ihrer Arbeit schwer behindert werde. So waren viele Kurden - unter anderem
durch die systematische Zerstörung von 3.000 kurdischen Gemeinden - bei den
jüngsten Parlamentswahlen nicht wahlberechtigt, sodaß es der HADEP letztlich
nicht gelang, den für die Erringung von Parlamentsmandaten im türkischen
Wahlrecht festgeschriebenen 10-Prozent-Stimmenanteil zu erreichen.

Die menschenrechtswidrige Inhaftierung praktisch des gesamten Parteivorstandes der HADEP fügt sich letztlich nahtlos an die auch bereits in der Vergangenheit praktizierte Vorgangsweise der türkischen Behörden, die Parteien und Interessensvertretungen der kurdischen Bevölkerung - wo immer möglich - zu sabotieren, Repressionen auszusetzen und letztlich zu verbieten. Dies geschah auch mit den Vorgängerparteien der HADEP, HEP und DEP. Noch heute befinden sich vier demokratisch gewählte Parlamentsabgeordnete der DEP in Haft.

Die Form der politischen und behördlichen Vorgangsweisen in der Türkei entsprechen jedenfalls nicht den Standards eines parlamentarischen Rechtsstaates im Sinne der Verpflichtungen von Mitgliedsländern des Europarates.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten, die sich ebenso wie sämtliche andere Mitglieder des Wiener Landtages uneingeschränkt für eine friedliche, auf der Grundlage der Menschenrechte und der Demokratie beruhende Lösung der Kurdenfrage in der Türkei aussprechen, stellen daher folgenden

Beschluß(Resolutions)antrag:

1. Der Wiener Landtag drückt seinen Protest gegen das brutale Vorgehen von türkischen Polizei- und Militäreinheiten gegen Zivilpersonen aus.
2. Der Wiener Landtag fordert die sofortige Freilassung der HADEP-Führung sowie sämtlicher inhaftierter politischer Gefangener, insbesondere der vier DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orkan Dogan.
3. Der Wiener Landtag verlangt die Sicherung der vollen politischen Rechte für alle demokratischen Parteien in der Türkei, insbesondere der HADEP.
4. Der Wiener Landtag mahnt nachhaltig die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei ein.
5. Der Wiener Landtag tritt
 - o für die Einstellung aller Kämpfe und Terroranschläge in der Türkei sowie der Militäraktionen im Kurdensiedlungsgebiet im Südosten der Türkei und im Nordirak,

- o für die sofortige Aufnahme von Friedensgesprächen und die absolut friedliche Beilegung des Konflikts sowie
- o für die volle Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes und die Ermöglichung der Rückkehr vertriebener Kurden in ihre Heimat ein.

6. Der Wiener Landtag spricht sich zudem dafür aus, die im Zuge der Zollunion zwischen der EU und der Türkei vereinbarten Auflagen (Einhaltung der Menschenrechte) gegenüber der Türkei seitens der EU sofort und nachhaltig einzufordern.

7. Der Wiener Landtag appelliert neuerlich an alle Österreicherinnen und Österreicher bei der Wahl der Türkei als ihr Urlaubsland auch Menschenrechtsüberlegungen und die Situation des kurdischen Volkes bei ihrer Entscheidungsfindung mitzubersichtigen.

8. Der Wiener Landtag ersucht die Bundesregierung, diesen Resolutionsantrag an die Vertreter des türkischen Staates in Österreich weiterzuleiten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Beschluß(Resolutions)Antrages.

Wien, 27. Juni 1996

The image shows several handwritten signatures in black ink. From left to right, the signatures are: a large, stylized signature; a signature that appears to be 'K. Albrecht'; a signature that appears to be 'M. ...'; a signature that appears to be 'Z. ...'; a signature that appears to be 'J. Sand'; a signature that appears to be 'Friedrich ...'; and a signature that appears to be 'F. ...'. The signatures are written in a cursive, somewhat illegible style.